

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Fachbereich 6 – Zentraler Dienst	Datum 04.02.2009
	Schriftführung Friedhelm Assmann
	Telefon-Nr. 02202/141428
Niederschrift	
Planungsausschuss	Sitzung am Dienstag, 3. Februar 2009
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:30 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) Keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 02.12.2008**
4/2009
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6. Bebauungsplan Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße -**
- Beschluss zu Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung
- Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung
6/2009
- 7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 5538 - Meisheide -**

- **Beschluss zu Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung**
 - **Beschluss des ergänzten Durchführungsvertrages**
 - **Beschluss als Satzung**
 - 7/2009*

 - 8. Änderung Nr. 168/6197 - Am Eichenkamp - des Flächennutzungsplanes**
 - **Beschluss zur Aufstellung**
 - **Verzicht auf die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung**
 - **Beschluss zur öffentlichen Auslegung***16/2009*

 - 9. Bebauungsplan Nr. 6197 - Am Eichenkamp -**
 - **Beschluss zur Aufstellung**
 - **Beschluss der frühzeitigen Beteiligung**
 - **Beschluss zur öffentlichen Auslegung***8/2009*

 - 10. Anregung von Herrn Helmut Bilstein, für eine bauliche Nutzung des Grundstückes Gemarkung Combüchen, Flur 2, Flurstück 2606, Romaneyer Höhe, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen**
9/2009

 - 11. Anregung von Herrn Christoph Hilpisch, für eine bauliche Nutzung des rückwärtigen Grundstücks Birkenweg, Gemarkung Paffrath, Flur 27, Flurstück 2141, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen**
10/2009

 - 12. Anfragen der Ausschussmitglieder**
-

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Planungsausschusses am 02.12.2008 (nichtöffentlicher Teil)**
11/2009
3. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
5. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Albrecht, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit des Planungsausschusses fest.

Der Ausschuss ist sich einig, die Tagesordnung zur Verpflichtung von Herrn Lutz Urbach zu ergänzen.

1a. Verpflichtung des sachkundigen Bürgers Lutz Urbach

Unter Verlesung des Verpflichtungstextes wird Herr Lutz Urbach (CDU) als sachkundiger Bürger des Planungsausschusses in sein Amt eingeführt.

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 02.12.2008

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Keine

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Schmickler teilt mit, dass man im Beteiligungsverfahren zur beabsichtigten Außenbereichssatzung „Breite“ auf Kritik der vorgesetzten Behörden gestoßen sei. Der Kreis und auch die Bezirksregierung haben deutlich gemacht, dass die gesetzlichen Voraussetzungen zum Erlass einer Satzung nicht gegeben seien, da dies zu einer unzulässigen Verbindung zweier separater Siedlungssplitter führen würde. Da der Rheinisch-Bergische Kreis keine Baugenehmigungen auf der Grundlage einer solchen Satzung akzeptieren wolle, habe es keinen Zweck mehr, das Satzungsverfahren weiter zu betreiben.

Auf Bitte von Herrn Sprenger hin sagt Herr Schmickler zu, dass die Ablehnungsgründe der vorgesetzten Behörden an die bauwilligen Antragsteller und auch die Fraktionen weitergegeben werden.

Zum Sachstand „Löwencenters Bensberg“ teilt Herr Schmickler mit, dass die gemeinsamen Beschlüsse des Planungsausschusses und des AUIV vom 02.12.2008 an den Eigentümer weitergeleitet wurden. Daraufhin seien Gespräche über die Rahmenbedingungen eines Umbaus geführt worden, in deren weiteren Verlauf angestrebt sei, die komplizierten und konflikträchtigen Leitungs- und Wegerechte zu bereinigen.

Des Weiteren informiert Herr Schmickler darüber, dass die Standortsuche für die Feuerwache Süd noch nicht beendet sei. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass in Kürze Vergleichsberechnungen aller möglichen Alternativstandorte vorgelegt werden können.

Aufgrund möglicher Befangenheit verlässt Frau Schuh gegen 17:10 Uhr die Sitzungsrunde.

6 Bebauungsplan Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße - - Beschluss zu Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung - Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung

Herr Löhlein verweist auf die an alle Mitglieder verteilten Unterlagen. Es sei unvermeidbar gewesen, aufgrund der Vielzahl kleinerer Änderungen die kompletten Anlagen zur Verwaltungsvorlage auszutauschen.

Sodann erläutert Herr Löhlein die zur Vorbereitung auf die 2. Offenlage durchgeführten Planänderungen.

Herr Dr. Baeumle-Courth äußert seine Kritikpunkte zum vorgelegten Bebauungsplanentwurf, die wie folgt in Kurzform wiedergegeben werden:

- Verhinderung einer möglichen Verlängerung der Linie 1
- Argumente eines CDU Landesministers (Seite 7-5) wurden evtl. nicht

- ausreichend gewürdigt
- Unsinniger Verweis auf weitere Stadtbildmissstände außerhalb des Plangebietes (Seite 7-7)
- Höhenverträglichkeit des Musculus-Baukörpers aufgrund Computersimulation fraglich
- Fehlende Gewerbegebietsanalyse der Stadt (Seite 7-23), insbesondere fehlendes Konzept für die bisherigen gewerblich genutzten Flächen der Fa. Musculus in Frankenforst
- Profil der gewerblichen Nutzung des Bereichs Bockenberg entspricht nicht der im Hauptausschuss im Jahr 2003 festgelegten Vorgabe
- Korrekte Abwägung zwischen Gewerbeansiedlung und erkennbarer Verminderung der Attraktivität des Wohnstandorts fraglich
- Aufgrund der Vorbelastung keine weiteren Lärm- und Luftbeeinträchtigungen zumutbar.

Aufgrund all dieser vorgebrachten Argumente werde sich die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Stimme enthalten.

Auf Anfrage von Herrn Urbach erklärt Herr Löhlein, dass die Lage der Erschließungsstraße und des Wendehammers ausführlich diskutiert und dabei unter Abwägung aller Argumente das bestmögliche Ergebnis erzielt wurde. Er weist zudem darauf hin, dass die Schließung der derzeitigen Zufahrt zum Haus Bockenberg aufgrund einer Auflage des Landesbetriebes für Straßenwesen Voraussetzung für die Schaffung der neuen Zufahrt ins Plangebiet war.

Frau Hammelrath teilt mit, dass die SPD Fraktion aufgrund der Zukunftsperspektiven und der im Arbeitskreis erhaltenen Informationen den Verwaltungsvorschlägen zustimmen könne. Sie bittet allerdings die Verwaltung, zukünftig vom Austausch umfangreicher Unterlagen kurz vor Sitzungsbeginn abzusehen. Darüber hinaus bittet Frau Hammelrath wiederholt darum, zur Verdeutlichung der Zusammenhänge und möglicher Optionen außerhalb der Plangebiete zukünftig den Vorlagen großflächige Übersichtspläne beizufügen. Konkret bemängelt sie die fehlende Darstellung der Optionen für eine mögliche Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 und der Standortalternativen für die Feuerwache Süd.

Frau Hammelrath macht deutlich, dass man Gewerbeansiedlungen in Autobahnnähe grundsätzlich befürworte. Allerdings hätte sie es begrüßt, wenn in das Aufstellungsverfahren zum Bebauungsplan eine Kreisverkehrlösung im Bereich der Autobahnzufahrt einbezogen worden wäre.

Auf Anfrage von Frau Münzer einigt sich der Ausschuss dahingehend, die schriftliche Einwendung der Familie Haag im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu diskutieren.

Herr Sprenger beantragt, die Auslegungsfrist des Bebauungsplanentwurfs nicht zu verkürzen.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme der BfBB bei 2 Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

I. Den im Rahmen der 1. öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 5342 -Vinz

Pallotti-Straße- gem. §3 Abs.2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Einwend

- B1 Sabine Auweiler wird nicht entsprochen.
- B2 Günter und Margret Keller wird teilweise entsprochen.
- B3 Dr. Wolfgang und Ilse Staubwasser wird teilweise entsprochen.
- B4 Dr. Klaus Gotzmann wird teilweise entsprochen.
- B5 Rechtsanwälte Redeker Sellner Dahs & Widmaier, für die Mandanten Mandanten: Carola + Hanns Bernstein wird teilweise entsprochen.
- B6 H.-J. Möller wird nicht entsprochen.
- B7 Karl-Heinz und Eva Mols wird teilweise entsprochen.
- B8 Harald Knorn wird teilweise entsprochen.
- B9 Franz Haag wird teilweise entsprochen.
- B10 Christine Haag wird teilweise entsprochen.
- B11 Norbert Weiß wird teilweise entsprochen
- B12 Evelyn Hamm wird nicht entsprochen.
- B13 Angelika und Martin Wiegelmann wird teilweise entsprochen.
- B14 Rechtsanwalt Hans G. Neu für die Mandanten Barbara und Karl Hecker wird teilweise entsprochen.
- B15 Nicole Caroline Kritzler wird teilweise entsprochen.
- B16 Rainer Fiedler wird teilweise entsprochen.
- B17 Rechtsanwalt Konrad Hochhausen für die Mandanten Beatrix Beuthner-Brendel und Jürgen Brendel wird nicht entsprochen.
- B18 Klaus Stein wird teilweise entsprochen.
- B19 Hannelore und Joachim Düvel wird nicht entsprochen.
- B20 RAG Scharfschützen e.V., Jochen Pruntsch wird nicht entsprochen.
- B21 Hans Borchardt wird nicht entsprochen.

- T1 Rheinische NETZGesellschaft mbH, N-Leitplanung wird entsprochen.
- T2 Geologischer Dienst NRW wird teilweise entsprochen.
- T3 Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH wird entsprochen.
- T4 Umicore Bausysteme GmbH wird entsprochen.
- T5 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.
- T6 Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg wird entsprochen.
- T7 IHK Köln, Zweigstelle Leverkusen / Rhein-Berg wird entsprochen.
- T8 Bezirksregierung Arnsberg, Abt.8 Bergbau und Energie in NRW wird teilweise entsprochen.
- T9 Landesbetrieb Wald und Holz NRW, Regionalforstamt Bergisches Land Wird teilweise entsprochen.

- F1 Stadt Bergisch Gladbach. Fachbereich 7, Immissionsschutz wird teilweise entsprochen.

Unter Berücksichtigung des Antrages von Herrn Sprenger fasst der Ausschuss sodann folgenden

Beschluss: (einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

II. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 5342 -Vinzenz-Pallotti-Straße-

ist unter Beifügung seiner Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen erneut gem. §4aAbs.3 BauGB für die Dauer eines Monats auszulegen.

Frau Schu nimmt ab 17:35 Uhr wieder an den Beratungen teil.

7

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 5538 - Meisheide -
- Beschluss zu Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung
- Beschluss des ergänzten Durchführungsvertrages
- Beschluss als Satzung

Auf Anfrage von Herrn Dr. Bäumle-Courth erklärt Herr Löhlein, dass auf dem Gelände der Fa. Porsche ausreichende Flächen für deren LKW zur Verfügung stehen. Im Rahmen eines Bebauungsplanes sei es nicht möglich, das unerwünschte Parken von LKW auf Straßenflächen einzuschränken.

Auf eine weitere Anfrage von Herrn Dr. Bäumle-Courth teilt Frau Sprenger mit, dass die Teilbaugenehmigung auf der Grundlage des § 33 Abs. 1 BauGB erteilt wurde. Es sei damit zu rechnen, dass die Prüfung des Bauvorhabens in Kürze abgeschlossen sei und die Baugenehmigung erteilt werden könne.

Frau Graner begrüßt die planerische Umsetzung des letzten Planungsausschussbeschlusses hinsichtlich der Farbgestaltung und wird der Vorlage daher zustimmen.

Der Ausschuss fasst sodann folgende

Beschlüsse: (mehrheitlich gegen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der BfBB)

- I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr.5538 -Meisheide- gem. §3 Abs.2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Einwender
 - B1 Rodja-Claus Rösener wird teilweise entsprochen.
 - B2 Bürgerinitiative zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzflächen, vertreten durch Dipl.-Kff. Regine Rösener wird teilweise entsprochen.
 - B3 Rodja-Claus Rösener wird teilweise entsprochen.
 - T1 Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg wird entsprochen.
 - T2 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.
 - T3 Wehrbereichsverwaltung West wird entsprochen.
- II. Der Durchführungsvertrag vom 09.05.08 wird mit seinen Ergänzungen

zusammengefasst. Die Zusammenfassung vom 01.12.08 wird als Ergänzungsvertrag beschlossen.

III. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr.5538 -Meisheide- wird gem. §10 BauGB und §§7 und 41 Gemeindeordnung NW mit seiner Begründung nach §9 Abs.8 BauGB und dem dieser Vorlage beigefügten Vorhaben- und Erschließungsplan beschlossen.

Der Ausschuss ist sich einig, die TOP 8 und 9 gemeinsam zu diskutieren.

8 **Änderung Nr. 168/6197 - Am Eichenkamp - des Flächennutzungsplanes**
- Beschluss zur Aufstellung
- Verzicht auf die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
- beschluss zur öffentlichen Auslegung

Es wird verwiesen auf die Protokollierung zu TOP 9.

9 **Bebauungsplan Nr. 6197 - Am Eichenkamp -**
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss der frühzeitigen Beteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung

Auf Anfrage von Herrn Dr. Baeumle-Courth erklärt Herr Schmickler, dass die Sanierungskosten durch den Verkauf baureifer Grundstücke mehr als refinanziert werden können.

Herr Sprenger beantragt, die Bebauung nach Möglichkeit um eine weitere Häuserzeile zu erweitern.

Frau Graner und auch Frau Hammelrath stimmen diesem Antrag zu.

Auf Vorschlag von Frau Hammelrath auf Modifizierung des o.g. Antrages fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der Schaffung weiterer Baumöglichkeiten und um der Forderung auf Erweiterung bereits bestehender rückwärtiger Grundstücksbereiche Am Eichenkamp nachkommen zu können, wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, inwieweit das Bebauungsplangebiet nach Westen hin erweitert werden könne.

10

Anregung von Herrn Helmut Bilstein, für eine bauliche Nutzung des Grundstückes Gemarkung Combüchen, Flur 2, Flurstück 2606, Romaneyer Höhe, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen

Herr Sprenger ist der Auffassung, dass eine Abwägung erst nach Abschluss der Überarbeitung des entsprechenden Flächennutzungsplanes erfolgen könne.

Nach Ausführungen von Frau Hammelrath sind die damals im Rahmen des Satzungsverfahrens Romaney getroffenen Abwägungsentscheidungen auch heute noch nachvollziehbar. Die SPD Fraktion werde daher ein Verfahren zur Einleitung einer Ergänzungssatzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB nicht befürworten.

Frau Neuhäuser-Königs stimmt diesen Ausführungen zu.

Herr Schwamborn verweist auf (s)einen ähnlichen Fall, bei dem mündliche Zusagen der Stadt nicht eingehalten wurden. Da er die Ablehnungsgründe der Verwaltung nicht nachvollziehen könne, werde er gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen eine Stimme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 4 Stimmen der CDU Fraktion bei Enthaltung der BfBB)

Dem Antrag, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine bauliche Nutzung entlang der Romaneyer Höhe zu schaffen, wird nicht gefolgt.

Aus Gründen möglicher Befangenheit verlässt Frau Schneider um 17:51 Uhr die Sitzungsrunde.

11

Anregung von Herrn Christoph Hilpisch, für eine bauliche Nutzung des rückwärtigen Grundstücks Birkenweg, Gemarkung Paffrath, Flur 27, Flurstück 2141, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen

Frau Hammelrath lehnt eine Ausweitung der Bebauung in den Naturschutz kategorisch ab und bekräftigt die Einhaltung der erforderlichen Abstandsflächen.

Herr Dr. Baeumle-Courth stimmt diesen Ausführungen zu. Entsprechend dem Verwaltungsvorschlag solle die Prüfung des Antrages ohne jegliche Priorität erfolgen.

Herr Albrecht weist darauf hin, dass der Antragsteller durchaus damit einverstanden sei, wenn die Zweckmäßigkeit der Aufstellung einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung ohne Priorität geprüft werde.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Verwaltung wird beauftragt, ohne Priorität die Zweckmäßigkeit der Aufstellung einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 und 3 BauGB für den Bereich Birkenweg zu prüfen.

Frau Schneider nimmt wieder an den Beratungen teil.

12 Anfragen der Ausschusmitglieder

Auf Anfrage von Herrn Steinbach zum Silberkauler Weg teilt Herr Schmickler mit, dass die Baulandpotenzialanalyse für das Stadtgebiet voraussichtlich in diesem Sommer abgeschlossen werden könne.

Auf Anfrage von Frau Hammelrath, warum eine Kreisverkehrlösung nicht mit in den heute beschlossenen Bebauungsplan Nr. 5342 einbezogen wurde, erklärt Herr Schmickler, dass die Stadt keinerlei Rechte an diesem Knotenpunkt habe. Aufgrund verschiedener Probleme habe der Baulastträger Landesbetrieb Straßen NW noch keine Entscheidung über die zukünftige Gestaltung der Autobahnauffahrt getroffen. Die Abgrenzung des Bebauungsplangebietes Vinzenz-Pallotti-Straße lasse allerdings alle Optionen hinsichtlich einer eventuell großflächigeren Kreisverkehrlösung offen.

Auf Anfrage von Herrn Kraus zum Sachstand Bahndammtrasse erklärt Herr Schmickler, dass der Landesbetrieb Straßen NRW einen - auch Alternativen beinhaltenden - Planungsauftrag an ein privates Ingenieurbüro erteilt habe. Die Untersuchungen werden im Bedarfsfalle von der Stadt begleitet, seien jedoch noch nicht abgeschlossen.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Albrecht, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:05 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführer